

**3.16 Politik und Gesellschaft**  
*Alois Baumgartner*



## Politik machen

### Einführung

Am Anfang soll eine Rückbesinnung auf das Zweite Vatikanische Konzil stehen. Wie „verortet“ das Konzil den gesellschaftspolitischen Auftrag der Laien? Die zentrale Aussage lautet:

*Durch die Wahrnehmung der politischen Verantwortung stehen die Laien in der gemeinsamen Sendung der Kirche.*

„Das Apostolat der Laien ist Teilnahme an der Heilssendung der Kirche selbst. Zu diesem Apostolat werden alle vom Herrn durch Taufe und Firmung bestellt. Die Laien sind besonders dazu berufen, die Kirche an jenen Stellen und in den Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche nur durch sie das Salz der Erde werden kann“ (Dogmatische Konstitution über die Kirche, Nr. 33).

Der erste Gedanke des Konzils dort, wo das politische Engagement der Laien zum Thema gemacht wird, bezieht sich nicht darauf, die Mitwirkung an der Politik als moralische Pflicht einzufordern. Im Vordergrund steht nicht die moralische Ermahnung. Die Konzilsväter beginnen also nicht damit, den Gläubigen einzuschärfen, daß es neben den Pflichten gegenüber Gott, gegenüber sich selbst und gegenüber den Mitmenschen im Nahbereich auch einen Pflichtenkreis „Gesellschaft und Politik“ gibt, dem sich die Gläubigen nicht entziehen dürfen. Das ist sicher ein wichtiger Gedanke. Aber das Konzil beginnt zunächst mit einer theologischen Einordnung des politischen Wirkens der Christen. Wo immer sie sich bemühen, die soziale und staatliche Ordnung mitzugestalten, arbeiten sie in dem umfassenden Zusammenhang der kirchlichen Sendung. Wo immer sie humane gesellschaftliche Strukturen aufzubauen helfen, die den Menschen die Entfaltung ihres Lebens in unverkürzter Menschlichkeit ermöglichen und erleichtern, bahnen sie dem Reich Gottes in seiner Vorläufigkeit, aber trotzdem in seiner wirksamen Gegenwart, den Weg. In ihrem politischen Engagement handeln die Laien als Kirche; und an den Stellen ihres politischen Handelns wird die Kirche durch sie „zum Salz der Erde“.

Ein zweiter Gedanke schließt sich hier unmittelbar an. Die politische Sendung der Laien als Teil der kirchli-

### 3.16 Politik und Gesellschaft

von Alois Baumgartner

chen Sendung hat ihren Ursprung unmittelbar in Christus. Was an anderer Stelle über die Sendung der Bischöfe und Ordensleute formuliert wird, wird ausdrücklich auch über die Laien gesagt: Sie sind „vom Herrn selbst ... bestellt“. Das Laienapostolat ist also keine Sendung aus zweiter Hand, kein „Second-hand-Apostolat“, keine bloße Teilhabe am hierarchischen Apostolat. Von daher sind die Laien für das, was sie politisch ins Werk setzen oder versäumen, wie weit sie sich am jüdisch-christlichen Menschenbild der Heiligen Schrift orientieren oder dem Zeitgeist verfallen, unmittelbar dem verantwortlich, der sie gesandt hat und sendet. In der Pastoralkonstitution des Konzils (Nr. 43) kommt diese Eigenständigkeit der Sendung der Laien am stärksten zum Ausdruck:

„Die Laien sind eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten. In Anerkennung der Forderung des Glaubens und in seiner Kraft sollen sie, wo es geboten ist, mit Entschlossenheit Neues planen und ausführen. Aufgabe ihres dazu vornherein richtig geschulten Gewissens ist es, das Gebot Gottes im Leben der profanen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Von den Priestern aber dürfen die Laien Licht und geistliche Kraft erwarten. Sie mögen aber nicht meinen, ihre Seelsorger seien immer in dem Grade kompetent, daß sie in jeder, zuweilen auch schweren Frage, die gerade auftaucht, eine konkrete Lösung schon fertig haben könnten oder die Sendung dazu hätten. Die Laien selbst sollen vielmehr im Licht christlicher Weisheit und unter Berücksichtigung der Lehre des kirchlichen Lehramtes darin ihre eigene Aufgabe wahrnehmen.“

### Sendung in Kirche und Welt

Die Intention des Konzils wäre aber verkürzt, wenn man sie auf die Formel brächte: für die Gesellschaft und Politik seien ausschließlich die Laien zuständig, für die innerkirchlichen Probleme hingegen ausschließlich der Klerus. Bischöfe und Priester haben sehr wohl in der Verkündigung des Wortes Gottes auch dessen politische Dimension zu beachten. Sie haben im Sinne eines Wächteramtes gelegentlich das biblische Veto „... es ist dir nicht erlaubt“ auszusprechen. Aber

die konkrete Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen ist weder Sache des Hirtenamtes noch des Lehramtes. Hier liegt nach der Überzeugung der Konzilsväter die eigenständige Sendung der Laien. Umgekehrt ist es aber keineswegs so, als ob die Laien an der Gestaltung des kirchlichen Lebens unbeteiligt seien oder davon ausgeschlossen werden dürften. Das Konzil spricht ausdrücklich davon, daß sie ihre Sendung „in der Kirche und in der Welt“ ausüben. Sie haben zum Wachstum der Kirche und zur Auferbauung des Leibes Christi beizutragen.

*Es gibt unter den Laien eine legitime Pluralität in der Formulierung und Verwirklichung politischer Ziele.*

Die Frage, ob es „die“ christliche Politik gebe, hat von jeher die Christen umgetrieben. Die Gefahr der Ideologisierung liegt auf der Hand, wenn aus der christlichen Botschaft unmittelbar ein christliches Politikprogramm als alleingültiges abgeleitet wird. Wir leben in einem Land, in dem die politische Geschlossenheit der Katholiken lange als Ideal hochgehalten wurde. Viele vertreten auch heute die Auffassung, die Kirche als Großgruppe könne in der pluralistischen Demokratie ihren Einfluß nur dann behaupten, wenn sie „mit einer Stimme“ spreche. Auf der anderen Seite sind Christen (etwa im Umkreis neuer sozialer Bewegungen) oft von einer politischen Mission so überzeugt, daß sie eine bestimmte Entscheidung oder den Kampf gegen ein politisches Vorhaben als den Angelpunkt schlechthin sehen, an dem sich die Christlichkeit beweisen muß oder verraten wird. Abweichende politische Meinungen werden von beiden Seiten zwar geduldet, aber letztlich doch als störend und als Verstoß gegen die christliche Entschiedenheit empfunden. Das führt zu wechselseitigen Ausgrenzungen. Von daher entscheidet man dann, mit wem man spricht, welche Referenten man einlädt, welche Veranstaltungen man boykottiert, welche Initiativen durch die Ausgabe von Losungen und durch Flüsterpropaganda zerredet werden. Daß die innerkirchliche Pluralität in politischen Fragen beinahe schon den letzten Pfarrgemeinderat erreicht hat, ist eine Tatsache. Häufig kann man in Laiengremien bereits so etwas wie eine Spaltung ausmachen. Das Konzil gibt auch hier einige bedenkenswerte Orientierungen. In der Pastoralkonstitution (Nr. 43) heißt es:

„Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen. Wenn dann die beiderseitigen Lösungen ... sehr leicht als eindeutige Folgerung aus der Botschaft des Evangeliums betrachtet werden, so müßte doch klar bleiben, daß in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche

ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber sollen sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen; dabei sollen sie die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein.“

### Mehrere Konzepte christlicher Politik

Das Konzil spricht deutlich aus: Erstens, es gibt unter Christen in der Entwicklung politischer Konzepte durchaus unterschiedliche Auffassungen. Dies sei sogar häufig der Fall, obwohl alle von christlichen Grundsätzen ausgingen und sich in gleicher Weise um ein gewissenhaftes Urteil bemühten. Und diese Pluralität wird zweitens als legitim bezeichnet. Es ist offensichtlich nicht selten so, daß aus christlichen Grundsätzen keine eindeutigen politischen Konsequenzen gezogen werden können, die für sich allein und exklusiv die Christlichkeit in Anspruch nehmen dürften. Das Konzil zieht daraus eine doppelte Konsequenz, die auch von jedem Pfarrgemeinderat zu beherzigen ist. Zum einen, es ist in solchen Fällen nicht angängig, daß eine von mehreren politischen Optionen als die Position der Pfarrgemeinde ausgegeben wird. Zum anderen, es kommt in solchen Situationen auf einen offenen, von persönlichem Wohlwollen getragenen Dialog an, um das jeweils andere politische Konzept zu verstehen und um zu sehen, wie weit die Gemeinsamkeit reicht und wo sich die Wege gabeln. Schließlich wird es bei allem Bemühen um Übereinstimmung nicht zu verhindern sein, daß in Laiengremien nach dem Mehrheitsprinzip entschieden wird.

Papst Paul VI. hat diese Gedanken des Konzils im Jahr 1971 im Apostolischen Schreiben „Octogesima adveniens“ (Nr. 50) aufgegriffen und präzisiert:

„Ein und derselbe christliche Glaube kann die Triebkraft sein für Unternehmen verschiedener Art. Die Kirche ruft alle Christen zu der zweifachen Aufgabe auf: die Welt mit christlichem Geist zu beseelen und sie neu zu gestalten, damit die Strukturen zu vervollkommen und den wirklichen Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen. Entscheiden Christen sich für verschiedene Wege und erscheinen daher auf den ersten Blick als Gegner, so erwartet die Kirche von ihnen, daß sie sich mit gutem Willen und in gegenseitiger Achtung um Verständnis für die Meinung des anderen und die von ihm dafür geltend gemachten Gründe bemühen. Unvoreingenommene Prüfung des anderen und dessen, was für deren Richtigkeit spricht, wird zu einer Haltung tieferer Liebe führen, die ungeachtet aller Verschiedenheiten, die als solche anerkannt werden, darauf vertraut, es könne (und werde) gelingen, sich schließlich am Ziel zu treffen und übereinzukommen. ‚Was die Gläubigen eint, ist stärker als das, was sie trennt‘.“ Das Konzil selbst hat für solche Fälle an eine

einprägsame Formel erinnert: im Notwendigen Einheit, im Zweifel Freiheit, in allem aber die Liebe.

## Unabhängigkeit und Offenheit

*Unabhängigkeit soll die Haltung des Pfarrgemeinderates gegenüber den politischen Parteien kennzeichnen.* Die Pluralität von politischen Konzepten und Wegen führt dazu, daß innerhalb der Pfarrgemeinde und oft auch innerhalb des Pfarrgemeinderates Mitglieder und Funktions- und Mandatsträger unterschiedlicher Parteien zusammentreffen. Damit wird die Frage zum aktuellen Ernstfall, ob das, was die Gläubigen eint, tatsächlich stärker ist als das, was sie politisch trennt. Damit verbindet sich zunächst eine Anfrage an die Betroffenen selbst, welchen Stellenwert der Glaube und die kirchliche Gemeinschaft in ihrem Leben haben, welche Rolle sie für die Fundierung ihrer politischen Überzeugung spielen und wo sie ihre primäre Identifikation sehen. Es ergibt sich aber auch eine Anforderung an die Gemeinde und an den Pfarrgemeinderat, wie sie mit dieser Situation umgehen. Einige Hinweise, aber keine Patentrezepte, können vielleicht für eine Reflexion hilfreich sein. Es erscheint nicht förderlich, wenn ein exponierter Vertreter einer Partei zugleich den Vorsitz des Pfarrgemeinderates (Dekanatsrates und so fort) übernimmt. Auch bei bestem Willen des Betroffenen könnte dadurch die Unabhängigkeit und Vermittlungsrolle des Pfarrgemeinderates beeinträchtigt werden. Man muß auch nüchtern zur Kenntnis nehmen, daß die politischen Parteien gelegentlich die Gremien der gesellschaftlichen Gruppen (vom Sportverein über den Elternbeirat der Schule bis zum Pfarrgemeinderat) als „Vorfeldorganisationen“ verstehen, deren Schlüsselpositionen es zu besetzen gelte.

Die Pfarrgemeinderäte müssen im übrigen offen sein für Parteimitglieder und deren Bereitschaft, in der Kirche mitzuarbeiten. Es darf nicht gelten, daß derjenige für die Pfarrgemeinderatsarbeit als „verloren“ gilt, der sich für die (partei)politische Arbeit zur Verfügung stellt. Ja, die Laiengremien müssen ihrerseits die Gläubigen motivieren, sich in den politischen Parteien zu engagieren. Denn die Parteien sind – wenn auch nicht ausschließlich – wichtige Orte der politischen Willensbildung. Der Trend katholischer Laien, Distanz zu Parteien zu wahren und Abstinenz gegen die Übernahme politischer Mandate zu üben, um nur noch von außen politische Prozesse kritisch zu begleiten, ist ein sicherer Weg in die selbstgewählte Einflußlosigkeit. Es kann auch ein gefährlicher Weg in eine Selbstgerechtigkeit werden, wenn diejenigen, die politische Verantwortung übernehmen, aus einer Position steter moralischer Überlegenheit von denen mit Kritik und Forderungen überzogen werden, die für sich selbst die Übernahme politischer Ämter grundsätzlich ausschließen. Der Pfarrgemeinderat muß aus einer Position der Unabhän-

gigkeit das Gespräch mit den Parteien am Ort suchen und mit ihnen konkrete politische Anliegen besprechen. Der Pfarrgemeinderat hat auch die Chance, zwischen Parteien zu vermitteln, Gesprächsebenen zu schaffen und, etwa vor Wahlen, ein Podium für den Dialog und die geistige Auseinandersetzung zwischen den Parteien zur Verfügung zu stellen.

## Tips für die Praxis

Im folgenden werden beispielhaft, ohne den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit, einige Möglichkeiten des politischen Engagements des Pfarrgemeinderates kurz angedeutet. Die konkreten Chancen am jeweiligen Ort sind so stark von der Geschichte, vom Verhältnis zwischen politischer Gemeinde und Pfarrgemeinde, von der jeweiligen personellen Besetzung des Pfarrgemeinderates, von der Größe des Ortes und von vielen anderen Faktoren abhängig, daß eigentlich weder in der Wahl der politischen Themen noch im Vorgehen konkrete Möglichkeiten vorgestellt werden können. Es geht um einige Anregungen, die vielleicht einen Impuls auslösen und zu weiterem Nachdenken herausfordern.

Die vornehmste politische Aufgabe des Pfarrgemeinderates ist die Sorge für diejenigen, die keine Lobby haben und die am Rande stehen. Es gilt, für diese Personengruppen eine Art Anwaltschaft zu übernehmen und deren Schicksal von Zeit zu Zeit in die Mitte der Aufmerksamkeit zu rücken.

- Zum Beispiel die Älteren, die ohne Rückhalt in einer Großfamilie Angst haben vor dem Tag, an dem sie sich nicht mehr selbst versorgen können, Angst vor allem vor der Möglichkeit, die gewohnte Umgebung verlassen zu müssen und aus allen Beziehungen herausgerissen zu werden. Hier läge eine Aufgabe des Pfarrgemeinderates darin, Anstöße zu geben für den Bau altersgerechter Wohnungen (in Kooperation mit gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften der Gemeinde beziehungsweise des Landkreises) in zentraler Lage des Ortes. Durch eine gezielte Unterstützung der Sozialstationen der Wohlfahrtsverbände und durch die Förderung von Nachbarschaftshilfen kann auch die Politik einen Beitrag dazu leisten, daß ältere Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben können.
- Zum Beispiel kinderreiche und einkommensschwache Familien. Welche Anstrengungen unternimmt die politische Gemeinde, wenn sie Bauland ausweist, für den Bau von größeren Sozialwohnungen? Der Pfarrgemeinderat darf hier bei der Aufstellung größerer Bebauungspläne schon einmal nachfragen. Es gibt Spielräume, die Kindergartenbeiträge zugunsten benachteiligter Familien zu staffeln. Auch hier wäre eine Anfrage an Kirche, Gemeinde und Wohl-

fahrtsverbände zu stellen, ob solche Spielräume genutzt werden.

- Zum Beispiel die Familien insgesamt. Es gibt vielleicht Möglichkeiten, Schulwege abseits der Hauptstraßen einzuplanen. Wie sieht die Ortsplanung insgesamt aus (Stichwort Flächennutzungsplan)? Gelegentlich werden Wohngebiete weit weg von Kirche, Kindergarten, Schule, Rathaus und den Einkaufsmöglichkeiten ausgewiesen. Wer über kein Auto verfügt, steht häufig vor großen Schwierigkeiten – ein Problem für viele Familien. Durch den Bau von Einkaufszentren am Rande der Gemeinde werden häufig die Einzelhandelsgeschäfte in den Ortskernen zerstört. Der nicht-mobile Teil der Bevölkerung (Ältere und oft auch Familien) wird dadurch schwer benachteiligt. Nebenbei: Durch solche Ortsplanung entsteht ein hausgemachter innerörtlicher Verkehr, der ökologisch unerwünscht und für die Lebensqualität am Ort keineswegs förderlich ist. Der Entwurf eines neuen Flächennutzungsplanes gehört auch auf den Tisch des Pfarrgemeinderates.

### Pfarrgemeinderat als Fürsprecher

Was schon angedeutet wurde: Der Pfarrgemeinderat hat eine Fürsprecherrolle, wenn Sozialstationen und Dorf- und Betriebshelferstationen bei den Gemeinden um Zuschüsse und sonstige Unterstützung anklopfen. Die gleiche Aufgabe hat er immer dann, wenn ehrenamtliches Engagement (in der Jugendarbeit, in der Rotkreuzarbeit, bei Mutter-und-Kind-Gruppen, bei Selbsthilfegruppen und so fort) durch geringe Geldmittel oft in einer erstaunlichen Weise in seiner Wirksamkeit gesteigert werden kann.

In nahezu allen Gemeinden erstellt der Pfarrgemeinderat oder einer seiner Sachausschüsse das Programm für die katholische Erwachsenenbildung am Ort, das dann Teil des Programms des Kreisbildungswerkes wird. Es empfiehlt sich, daß der Pfarrgemeinderat diese seine Aktivität zugunsten der Bürger am Jahresende (oder zwischendurch) umfassend darstellt und dem Stadtrat (Gemeinderat) vorlegt. Wenn dann das Kreisbildungswerk um den jährlichen Zuschuß bittet, kann darauf verwiesen werden, daß damit nicht eine Institution in der fernen Kreisstadt gefördert wird, sondern ein Angebot, das von Ehrenamtlichen am Ort für die Menschen am Ort bereitgehalten wird. Vielleicht kommt es zu einer kleinen Korrektur der jetzigen Situation, daß die

Gemeinden für die Volkshochschule e. V. als Zweckverbandsmitglieder erhebliche Gelder aufbringen, während sie die oft beachtlichen Programme der katholischen Erwachsenenbildung manchmal nur mit einem Almosen abspeisen. Übrigens: Die katholische Erwachsenenbildung ist durchaus eine geeignete Plattform, um brisante politische Themen am Ort zu diskutieren, von der Ortsplanung angefangen bis zur Kindertagesituation.

In nicht wenigen Orten hat der Pfarrgemeinderat in den letzten Jahren Großartiges geleistet bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Der persönliche Kontakt zu den Flüchtlingen läßt erkennen, wo Probleme auftauchen, was am dringendsten benötigt wird, welche Ängste bestehen. Dieses Engagement ist für die gesamte Gemeinde ein Signal, daß hier Menschen gekommen sind mit tiefen Verwundungen, mit Hoffnungen und Ängsten und daß ihnen menschlich und mitmenschlich zu begegnen ist, so lange sie mit und unter uns leben.

Gemeinsam mit dem Dekanatsrat beziehungsweise dem Katholikenrat des Landkreises können Pfarrgemeinderäte das Gespräch mit den Landkreispolitikern aufnehmen. Ein wichtiges Thema wäre die Situation im Krankenhaus. Wie wird im Kreiskrankenhaus gestorben? Gibt es Möglichkeiten der Begleitung durch Angehörige und Freunde des Sterbenden? Gibt es Raum und Zeit, damit Angehörige von ihrem Verstorbenen Abschied nehmen können? Es gibt hier in vielen Krankenhäusern positive Ansätze, die als beispielhaft gelten können. Zu besprechen sind auch die Schwierigkeiten, denen sich die pfarrlichen Besuchsdienste oft gegenübersehen. Es sind Wege zu finden, auf denen die Mitmenschlichkeit nicht an den Belangen des Datenschutzes scheitert.

Eine oft vernachlässigte Aufgabe des Pfarrgemeinderates ist es, auf die Pietät gegenüber den Toten zu achten. Es hat mit unserem Glauben an die Auferstehung zu tun, wie man Tote auf ihrem letzten Weg begleitet, wie das Leichenhaus und der Aussegnungsraum gestaltet werden, ob der Friedhof zum Verweilen einlädt (Bänke, Schatten) oder ob er – nackt, ausgeräumt und ausgekieselt, wie er häufig ist – einen abweisenden Eindruck macht. In vielen Gemeinden wäre es sinnvoll, daß der Pfarrgemeinderat gemeinsam mit Bürgermeister und Vereinen über das Gedenken am Totensonntag beraten würde, das oft unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet.